

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 35. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 17.10.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:05 Uhr bis 18:33 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme bis 18:38 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 18:34 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 18:03 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Stefan Richter	Verwaltung	
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Herr Marco Schreyer	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Protokollführerin	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Steffen Drenkelfuß	Verwaltung
-------------------------	------------

**Gäste:**

Herr Jürgen Leindecker	Städte- und Gemeindebund
Herr Heiko Lebenehm	Städte- und Gemeindebund
Herr Kurt-Jürgen Zander	Städte- und Gemeindebund
Frau Dr. Radig	Verwaltung
Herr Ralf Jacob	Verwaltung

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 35. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.2 Neuer Standort für die Plastik "Der Lesende" von Professor Martin Wetzel  
Vorlage: V/2012/11021  
*im Kulturausschuss am 10.10.2012 vertagt*

---

TOP 5.3 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025  
Vorlage: V/2012/10762  
*von Verwaltung zurückgestellt*

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor; diese werden ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt:

TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762  
Vorlage: V/2012/11107

TOP 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – V/2012/10762  
Vorlage: V/2012/11149

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte hierzu, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der vorliegenden Änderungsanträge ihre Vorlage überarbeiten und diese anschließend nochmals in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung einbringen werde.

---

TOP 5.4 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012  
Vorlage: V/2012/10569  
*es liegt noch kein Votum der Fachausschüsse vor*

---

TOP 5.5 Brandschutzbedarfsplan  
Vorlage: V/2012/10626  
*von Verwaltung zurückgestellt*

---

TOP 5.7 Prioritätenliste Investitionen an Schulen  
Vorlage: V/2012/10921  
*im Bildungsausschuss am 02.10.2012 vertagt*

---

TOP 5.8 Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung ( EfA )  
Vorlage: V/2012/10923  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 5.9 Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: V/2012/11014  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 5.10 Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2012/10934  
*von Verwaltung zurückgestellt*

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor; dieser wird ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt:

TOP 5.10.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Ergänzungsbeschluss zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagen.-Nr. V/2012/10934)  
Vorlage: V/2012/11135

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte, dass aufgrund der kurzfristig vorgelegten Unterlagen der BeteiligungsManagement Anstalt Halle (BMA) am gestrigen Tag die Vorlage im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zurückgestellt werden musste. Er kündigte an, unter dem TOP „Mitteilungen“ dazu konkreter zu informieren.

---

TOP 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe  
Vorlage: V/2012/10856  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2011/10217  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bewirtschaftung der städtischen Schulturnhallen  
Vorlage: V/2012/10868  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement  
Vorlage: V/2012/10865  
*im Kulturausschuss am 10.10.2012 abgesetzt*

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, und Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion,** machten darauf aufmerksam, dass hierzu die Verwaltung eine unterschiedliche Auffassung habe. Aus diesem Grund werde der Antrag bis zum Vorliegen einer einheitlichen Stellungnahme der Verwaltung im Kulturausschuss nicht behandelt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, in Abstimmung mit Herrn Beigeordneten Kogge eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung vorzulegen.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** bezog sich auf den TOP 5.5

Brandschutzbedarfsplan  
Vorlage: V/2012/10626

und fragte, ob nach Beantwortung der offenen Fragen die Vorlage nochmals im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten eingebracht werde.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit,** antwortete, dass die Vorlage unverändert bleibe und lediglich die Fragen beantwortet werden. Da diese sehr umfangreich seien, bestand in der Kürze der Zeit noch keine Gelegenheit zur Beantwortung. Insofern erfolge keine nochmalige Einbringung in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                      zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.09.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.09.2012

- 5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes  
Vorlage: V/2012/11053
  - 5.2 *Neuer Standort für die Plastik "Der Lesende" von Professor Martin Wetzel*  
Vorlage: V/2012/11021 abgesetzt
  - 5.3 *Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025*  
Vorlage: V/2012/10762 abgesetzt
  - 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762*  
Vorlage: V/2012/11107 abgesetzt
  - 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – V/2012/10762*  
Vorlage: V/2012/11149 abgesetzt
  - 5.4 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012*  
Vorlage: V/2012/10569 abgesetzt
  - 5.5 *Brandschutzbedarfsplan*  
Vorlage: V/2012/10626 abgesetzt
  - 5.6 *Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte e.V.*  
Vorlage: V/2012/10908
  - 5.7 *Prioritätenliste Investitionen an Schulen*  
Vorlage: V/2012/10921 abgesetzt
  - 5.8 *Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung ( EfA )*  
Vorlage: V/2012/10923 abgesetzt
  - 5.9 *Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*  
Vorlage: V/2012/11014 abgesetzt
  - 5.10 *Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts*  
Vorlage: V/2012/10934 abgesetzt
  - 5.10.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Ergänzungsbeschluss zur Vorlage Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt öffentlichen Rechts (Vorlagen.-Nr. V/2012/10934)*  
Vorlage: V/2012/11135 abgesetzt
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe*  
Vorlage: V/2012/10856 abgesetzt

- 6.2 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011*  
Vorlage: V/2011/10217 *abgesetzt*
- 6.3 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2012/10468
- 6.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts  
Vorlage: V/2012/10963
- 6.5 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bewirtschaftung der städtischen Schulturnhallen*  
Vorlage: V/2012/10868 *abgesetzt*
- 6.6 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement*  
Vorlage: V/2012/10865 *abgesetzt*
- 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle  
Vorlage: V/2012/11002
- 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft  
Vorlage: V/2012/10997
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bürgerumfrage 2012 - Fragebogenentwurf  
Vorlage: V/2012/11031
- 8.2. Sachstand zu den Aktivitäten der Raumkonzeption 2012 und 2013  
Vorlage: V/2012/11052
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.09.2012**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.09.2012.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.09.2012**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 19.09.2012 gefassten Beschluss:

**zu 3.4 Ernennung des Amtsleiters des Sozialamtes  
Vorlage: V/2012/10941**

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt als Amtsleiter des Sozialamtes,**

**Herrn  
Jörg Baus  
(geboren am 27.04.1959)**

**zum 01.10.2012 zu ernennen.**

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes  
Vorlage: V/2012/11053**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass sich die Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes beworben haben. Diese befinden sich bereits seit 1998 auf der offiziellen Vorschlagsliste (Tentativliste) von Deutschland.

Sie gehe aufgrund der historischen Bedeutung der Franckeschen Stiftungen von einer einvernehmlichen Zustimmung des Stadtrates aus, die Bewerbung zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes zu unterstützen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** fragte, ob im Zuge der Unterstützung durch die Stadt die Franckeschen Stiftungen den Abriss der Hochstraße fordern. Nach Aussagen des Direktors der Franckeschen Stiftungen erfolge keine Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes solange die Hochstraße dort bestehen bleibe.

Demzufolge wäre es wichtig, mit den Franckeschen Stiftungen einen einvernehmlichen Wortlaut zu finden und diese Problematik zu klären. Anderenfalls würde seitens seiner Fraktion ein Interessenskonflikt bestehen. Man wolle die Franckeschen Stiftungen gern bei ihren Bemühungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes unterstützen, allerdings könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Hochstraße nicht verzichtet werden.

Darüber hinaus machte **Herr Kley** deutlich, dass die Vorlage nicht detailliert genug sei und der Inhalt der Bewerbung nicht vorliege. Zudem gingen die Schwerpunkte der Bewerbung sowie die städtebaulichen Folgen nicht hervor. In dem Zusammenhang machte er auf die Folgen in der Stadt Dresden aufmerksam.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte, ob es hierbei tatsächlich nur um die Unterstützung der Stadt ginge oder die Stadt selbst die Bewerbung vornehme.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ging ebenfalls auf die Thematik Hochstraße ein und verwies auf einen Zeitungsartikel vom 13.10.2012. Darin habe der Direktor der Franckeschen Stiftungen die Stadt hinsichtlich des Umgangs mit der Hochstraße kritisiert und mit Blick in die Zukunft eine andere Herangehensweise gefordert.

Insofern bestünde in Bezug auf die Hochstraße seiner Auffassung nach kein Einvernehmen und wäre für die Franckeschen Stiftungen auch weiterhin relevant. Somit würde man bei Zustimmung zur Vorlage in die von Herrn Kley angedeutete Situation kommen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass die Bedenken von Herrn Kley und Herrn Paulsen bezüglich der Hochstraße berechtigt seien. Der Direktor der Franckeschen Stiftungen habe in einer Vielzahl von Veranstaltungen vehement geäußert, dass die Aufnahme in das UNESCO-Welterbe nur ohne Hochstraße erfolgen werde.

Aus diesem Grund wäre er verwundert darüber, dass keinerlei Ausführungen dazu in der Vorlage gemacht wurden. Hierbei werde eine pauschale Unterstützung ohne jegliche Bedingungen zugesagt. Die Problematik Hochstraße sei nicht definiert.

Des Weiteren fragte **Herr Wolter** nach einer Abstimmung mit dem Land Sachsen-Anhalt, da der Naumburger Dom St. Peter und Paul mit dem Saale-Unstrut-Tal ebenfalls auf der Tentativliste von Deutschland stünde und nur ein Gebäude seitens des Landes Sachsen-Anhalt vorgeschlagen werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies zunächst darauf hin, dass sie als Oberbürgermeisterin ordentliches Mitglied im Kuratorium der Franckeschen Stiftungen sei. Dieses habe aufgrund der Bewerbung eine Nominierungskommission gebildet, in der sie ebenfalls ordentliches Mitglied wäre.

Hinsichtlich der Problematik Hochstraße machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass eine Abstimmung mit den Franckeschen Stiftungen erfolgte.

Mit Zustimmung zur Vorlage werde lediglich ein Bekenntnis auch an das Land abgegeben, dass sowohl die Stadt als auch der Stadtrat der Stadt Halle die Bewerbung unterstütze und mitarbeiten wolle. Daran wären derzeit keinerlei Verpflichtungen und Bedingungen verbunden. Die Problematik Hochstraße sei hier nicht relevant.

Auf die Frage von Herrn Bönisch antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Stadt die Franckeschen Stiftungen bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen im Rahmen der Nominierungskommission unterstütze. Dort wären u. a. noch das Kultusministerium des Landes und die evangelische Kirche vertreten. Die Bewerbung selbst laufe über die Franckeschen Stiftungen. Bei Vorliegen der Bewerbungsunterlagen können diese bei Bedarf im Stadtrat beraten werden.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Paulsen stimmte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, dass die Problematik Hochstraße nicht geklärt sei. Die Franckeschen Stiftungen erkennen allerdings die Bemühungen der Stadt an, hier eine vernünftige Lösung zu finden.

Möglicherweise werde der Diskussionsprozess um die Hochstraße zu einem späteren Zeitpunkt der Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes eine Rolle spielen. Dazu habe sie bisher aber keinen Dissens erkennen können.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, fügte hinzu, dass er mit dem Direktor der Franckeschen Stiftungen bereits verschiedene Varianten hinsichtlich der Hochstraße besprochen habe. Eine kurzfristige Lösung gebe es nicht. Auch der Abriss eines Teils der Hochstraße und das Befahren in zwei Richtungen auf dem anderen Teil der Hochstraße wäre nicht möglich. Dies wurde dem Direktor der Franckeschen Stiftungen klar signalisiert.

In dem Zusammenhang sagte **Herr Beigeordneter Stäglin** zu, dass in dem vorzulegenden Verkehrsentwicklungsplan Verkehrsstrukturen weiter geprüft und Trassen frei gehalten werden, um alternative Führungen nicht zu verbauen.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Wolter brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass eine Abstimmung mit dem Land noch nicht erfolgt sei. Sowohl die Franckeschen Stiftungen als auch der Naumburger Dom mit dem Saale-Unstrut-Tal wurden aufgefordert, ihre Bewerbungsunterlagen vorzulegen. Danach werde das Land entscheiden, welche der beiden Bewerbungen beim UNESCO Welterbekomitee eingereicht werde.

Aufgrund der Bedenken einzelner Hauptausschussmitglieder sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, mit dem Direktor der Franckeschen Stiftungen, Herrn Müller-Bahlke, hinsichtlich der Problematik Hochstraße ein Gespräch zu führen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen, dass die Stadt Halle (Saale) die Bewerbung der Franckeschen Stiftungen zur Aufnahme als Stätte des UNESCO-Welterbes unterstützt und bittet das Land Sachsen-Anhalt, alles für deren erfolgreiche Durchführung zu tun.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
1 Enthaltung

**zu 5.6 Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte e.V.  
Vorlage: V/2012/10908**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach den finanziellen Auswirkungen sowie nach der Höhe des Etats für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung des Stadtarchivs.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, antwortete, dass Mittel für den Bereich Stadtgeschichte bisher immer aus diesem Etat gezahlt wurden. Mit der Kooperationsvereinbarung würde nun aber auch eine entsprechende Rechtsgrundlage vorhanden sein.

Weiterhin sei Ziel der Kooperationsvereinbarung, die Verbreitung stadthistorischer Thematiken als bildungspolitischen Beitrag der aktuellen Stadtentwicklung zu fördern sowie Interessen zu bündeln und Synergien nutzbar zu machen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass einige Projekte bereits über lange Jahre in Kooperation zwischen dem Verein für hallische Stadtgeschichte e. V. und dem Stadtarchiv erfolgten und diese nun mit der Kooperationsvereinbarung eine Rechtsgrundlage erhalten sollen. Diese sei durch den Stadtrat zu beschließen. Insofern wären die finanziellen Mittel dieselben.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass im Zuge der Kooperationsvereinbarung über 5 Jahre im Haushalt der Stadt Halle keinerlei Haushaltsvorbehalte getroffen wurden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass in den vergangenen Jahren Bedingung für die Finanzierung war, dass die Mittel im Haushaltsplan in der Haushaltsstelle eingestellt waren.

**Herr Jacob, Leiter Stadtarchiv**, verwies auf den Punkt 4 - Leistungen der Stadt Halle, letzter Anstrich der Kooperationsvereinbarung:

„- ... In den Folgejahren erhält der Verein einen Zuschuss in gleicher Höhe vorbehaltlich der Möglichkeiten des städtischen Haushaltes ... Der Zuschuss wird zu Beginn des Zuwendungszeitraumes gemäß der geltenden Haushaltsordnung bewilligt. Soweit der Zuschuss nicht gewährt wird, bleiben die übrigen vereinbarten Leistungen beider Kooperationspartner hiervon unberührt.“

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass damit auf den Haushaltsvorbehalt hingewiesen wurde.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass lediglich zur Förderung des Jahrbuchs für hallische Stadtgeschichte ein Zuschuss in Höhe von max. 6.000 € gewährt werde und fragte nach der Förderung durch die Stadt für die unter Punkt 2 in der Kooperationsvereinbarung genannten Ziele. Hier seien Leistungen definiert, aber keine Zahlungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass lediglich für das Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte ein Zuschuss in Höhe von max. 6.000 € gewährt werde. Sollte die Zahlung des Zuschusses nicht möglich sein, erfolge dennoch die Umsetzung der unter Punkt 2 der Kooperationsvereinbarung dargestellten weiteren Ziele, wie z. B. gemeinsame Förderung der stadthistorischen Arbeit, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für stadthistorische Themen usw. Diese Punkte seien nicht mit Förderung im monetären Sinne verbunden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin zur Vornahme aller erforderlichen Handlungen zu ermächtigen, eine Kooperationsvereinbarung der Stadt Halle mit dem Verein für hallische Stadtgeschichte e.V. abzuschließen, die es ermöglicht wichtige stadthistorische Vermittlungsangebote gemeinsam den Hallensern zu unterbreiten.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.3 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2012/10468**

---

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** erläuterte den Sachverhalt. Es ginge hierbei um die Frage, ob der gewöhnliche Aufenthaltsort mit der Meldeadresse des Schülers identisch sein müsse. Beispielsweise sei ein Schüler bei seinen Eltern gemeldet, halte sich aber nach der Schule bei seinen Großeltern auf.

Zudem merkte **Herr Beigeordneter Kogge** an, dass der Antrag im Bildungsausschuss abgelehnt wurde und im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften eine Zustimmung erfolgte.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** wies darauf hin, dass nach langer Diskussion im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die Antragsteller die Formulierung aus der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung übernommen haben. Auf Grundlage dessen wurde dem Antrag zugestimmt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, dass zukünftig Änderungen umgehend vorgenommen werden, um diese zur Hauptausschusssitzung allen Mitgliedern rechtzeitig vorlegen zu können.

Anschließend verlas **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den geänderten Beschlussvorschlag des Antrages:

Die Satzung soll wie folgt geändert werden.

1. § 1 Abs. 2 Satz 1  
Als Wohnung im Sinne dieser Satzung gilt ~~der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Schülers.~~ **die Wohnung, die der Schüler gemeinsam mit seinen Sorge- und Erziehungsberechtigten bewohnt oder in begründeten Ausnahmefällen der gewöhnliche Aufenthaltsort.**
2. § 1 Abs. 2 Satz 2 entfällt
3. § 8 Abs. 4 entfällt

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, stellte die Intention der Änderung dar. Die Sorge- und Erziehungsberechtigten des Schülers seien im Normalfall die Eltern. Sollten sich die Eltern z. B. aus dienstlichen Gründen nicht an ihrem Wohnsitz aufhalten, wäre der gewöhnliche Aufenthaltsort beispielsweise bei den Großeltern. Nach Einzelfallprüfung finde die Regelung entsprechend Anwendung. Die ursprüngliche Formulierung des Antrages habe diese Regelung grundsätzlich festgelegt ohne Einzelfallprüfung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fragte nach dem Verfahren, wenn Eltern geschieden seien und das Kind abwechselnd bei seiner Mutter und seinem Vater wohne.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, antworteten, dass diese Regelung dann ebenfalls zutrefe und beide Wohnorte als Meldeadresse angegeben werden können.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, fragte, ob dies im Bildungsausschuss ebenso behandelt und beschlossen wurde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass im Bildungsausschuss die Änderung des Antrages nicht beraten und abgestimmt wurde. Er bat Frau Dr. Radig um weitere Erläuterungen.

**Frau Dr. Radig, Leiterin Ressort Schule**, wies darauf hin, dass im Bildungsausschuss der ursprüngliche Antrag diskutiert und abgelehnt wurde. Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde sich darauf verständigt, den Antrag zu vertagen und erneut in der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung zu beraten. Im Ergebnis dessen sei der geänderte Beschlussvorschlag entstanden, dem der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zugestimmt habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** kritisierte das Verfahren. Ihres Erachtens hätte der Antrag nach der Beratung der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung nochmals in den Bildungsausschuss eingebracht werden müssen. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften könne bei einer solch wichtigen Angelegenheit nicht alleinig eine Klärung vornehmen, ohne den Fachausschuss zu beteiligen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fragte nach dem Standpunkt des Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Herrn Schachtschneider, zum geänderten Antrag.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** konnte die Frage der Oberbürgermeisterin nicht beantworten, da er bei dieser Sitzung krankheitsbedingt nicht anwesend war. Er gehe aber davon aus, dass Herr Schachtschneider dem geänderten Antrag würde zustimmen können.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** machte deutlich, dass das Verfahren üblich sei. In jedem Ausschuss können Änderungsanträge gestellt bzw. der Antragsteller Änderungen vornehmen. Der Hauptausschuss gebe dann das abschließende Votum für den Stadtrat ab, so dass eine Behandlung des geänderten Antrages im Bildungsausschuss nicht erforderlich sei.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.,** widersprach ebenfalls den Ausführungen der Oberbürgermeisterin hinsichtlich der Verfahrensweise. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung habe sich Sachkunde eingeholt und die aus dem Bildungsausschuss heraus gebildete Arbeitsgruppe Schülerbeförderung um eine Stellungnahme zum Antrag gebeten. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung wurde seitens der Antragsteller übernommen. Insofern sei das Verfahren rechtmäßig.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,** stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung. Der Antrag wurde formal rechtmäßig in den Ausschüssen behandelt und der geänderte Beschlussvorschlag hier vorgetragen. Zudem sei die jetzt geführte Diskussion nicht mehr Inhalt des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter auf Schluss der Aussprache und Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Die Satzung soll wie folgt geändert werden.*

1. § 1 Abs. 2 Satz 1  
*Als Wohnung im Sinne dieser Satzung gilt ~~der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Schülers.~~ **die Wohnung, die der Schüler gemeinsam mit seinen Sorge- und Erziehungsberechtigten bewohnt oder in begründeten Ausnahmefällen der gewöhnliche Aufenthaltsort.***
2. § 1 Abs. 2 Satz 2 entfällt
3. § 8 Abs. 4 entfällt

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

---

Im Anschluss an die Abstimmung bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zur Stadtrats-sitzung am 24.10.2012 um Darstellung des Vorganges sowie den Vorsitzenden des Bil-dungsausschusses darüber zu informieren.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat bis zur Stadtrats-sitzung am 24.10.2012 um Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt des geänderten Antrages.

#### **zu 6.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts Vorlage: V/2012/10963**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** begrüßte die Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt:

Herr Leindecker - Landesgeschäftsführer

Herr Liebenehm - erster Beigeordneter

Herr Zander - ehrenamtliches Präsidium, Oberbürgermeister der Stadt Köthen

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, dem Landesgeschäftsführer, Herrn Leindecker, das Wort zu erteilen um die Aufgaben und Schwerpunkte des Städte- und Gemeindebundes darstellen zu können.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte, weshalb der Städte- und Gemeindebund eingeladen wurde. Er sei überrascht darüber, da es hier lediglich um einen Prüfantrag ginge. Dieser resultiere aus den Diskussionen zum Finanzausgleichsgesetz. Im Zuge dessen sei der Eindruck entstanden, dass der Städte- und Gemeindebund die Interessen der Großstädte nicht ausreichend vertrete. Vor diesem Hintergrund soll die Stadtverwaltung Möglichkeiten prüfen und Fragen von allgemeinem Interesse beantworten, um danach die Art der Mitwirkung überdenken zu können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass in der Stadtratssitzung am 26.09.2012 nach der Verweisung des Antrages in den Hauptausschuss angeregt wurde, den Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes hierzu einzuladen, um ihm die Möglichkeit zu geben, die Aufgaben und Bedeutung dessen vorzustellen bzw. bei Bedarf den Antrag zu beurteilen.

Hinsichtlich des Antrages plädierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dafür, diesem zuzustimmen, um die Fragen beantworten zu können.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, merkte an, dass eine Vorstellung des Städte- und Gemeindebundes im Stadtrat besser wäre.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass der Antrag in den Hauptausschuss verwiesen wurde. Dieser wäre u. a. für die Vorbereitung von Entscheidungen im Stadtrat verantwortlich. Unabhängig davon könne eine Vorstellung im Stadtrat ebenso erfolgen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass die Fraktion, welche durch die Verweisung weiteren Beratungsbedarf gesehen habe, ihre offenen Fragen klären sollte.

Des Weiteren brachte **Herr Wolter** zum Ausdruck, dass er keinerlei Beratungsbedarf sehe und sofort abstimmen könne. Die Verwaltung habe entsprechend ihrer Stellungnahme empfohlen, den Antrag anzunehmen. Bei Zustimmung wäre es seines Erachtens im Ergebnis der Prüfung zweckmäßig gewesen, den Städte- und Gemeindebund einzuladen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, konnte die Empfehlung der Verwaltung, den Austritt zu prüfen, nicht nachvollziehen, da ein solcher Beschluss der größten Stadt des Landes Sachsen-Anhalt gewisse Auswirkungen auf das gesamtpolitische Geschehen innerhalb der kommunalen Gemeinschaft habe.

Aus diesem Grund habe er nach der Verweisung im Stadtrat darum gebeten, den Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes in den Hauptausschuss einzuladen, um ihm die Gelegenheit zu geben, die Finanzierung der Städte zu erläutern. Seines Erachtens bestünde mit dem Antrag zur Prüfung des Austritts auch eine bestimmte Aversion des Antragstellers.

Demzufolge wäre es auch sinnvoll, den Landesgeschäftsführer in der heutigen Hauptausschusssitzung anzuhören und sich damit auseinanderzusetzen. Eine Anhörung nach Prüfung des Antrages wäre seiner Auffassung nach die falsche Reihenfolge.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte deutlich, dass mit dem Antrag nicht der Austritt geprüft werden soll.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** widersprach Herrn Bönisch und verwies auf den Be-  
treff der Vorlage sowie den Beschlussvorschlag.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass die Formulierung des Antrages nicht korrekt sei und wies nochmals ausdrücklich darauf hin, dass Möglichkeiten anhand der Fragestellungen geprüft und keine Empfehlung für oder gegen einen Austritt abgegeben werden sollen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley an, dass vor Beschlussfassung zum Antrag der Städte- und Gemeindebund gehört werden sollte und im Ergebnis dessen über den Prüfantrag entschieden werden könne. Sie schlug vor, Herrn Leindecker das Wort zu erteilen.

Es gab keinen Widerspruch seitens der **Hauptausschussmitglieder**.

**Herr Leindecker, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt**, bedankte sich für die Einladung und stellte Herrn Liebenehm sowie Herrn Oberbürgermeister Zander vor.

Zudem bedankte sich **Herr Leindecker** zunächst bei der Oberbürgermeisterin und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung Halle für die konstruktive Mitarbeit im Städte- und Gemeindebund. Dies wäre Grundlage, um zu den jeweiligen Gesetzgebungsvorhaben in Sachsen-Anhalt Stellung zu nehmen. Weiterhin stellte er den Städte- und Gemeindebund und seine Aufgaben anhand des ausgereichten Exposees vor.

Anschließend ging **Herr Leindecker** auf die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zum Finanzausgleichsgesetz ein und erläuterte das Verfahren. Diese wurde gemeinsam mit dem Landkreistag Sachsen-Anhalt erarbeitet. Darauf legen insbesondere die Landtagsabgeordneten Wert, um eine einheitliche Position bei den kommunalen Spitzenverbänden erkennen zu können. Dazu seien allerdings mehrere Abwägungs- und Abstimmungsprozesse notwendig.

Der Gesetzesentwurf zum neuen Finanzausgleichsgesetz wurde dem Städte- und Gemeindebund zu Beginn der Sommerpause vorgelegt. Dieser wurde unmittelbar an die Mitglieder weitergeleitet. Ende Juli 2012 lagen die Stellungnahmen der einzelnen Städte und Gemeinden vor.

Die Stadt Magdeburg habe darauf hingewiesen, dass sie einen einheitlichen Demografiefaktor nicht akzeptieren wolle. Die daraus entstandene Stellungnahme sei in Abwägung mehrerer verschiedener Positionen und langwieriger Verhandlungen entstanden. Infolge dessen sei das Missverständnis aufgetreten, dass der Städte- und Gemeindebund die Interessen der kreisfreien Städte nicht angemessen vertrete.

Das Finanzministerium hatte den Vorschlag entsprechend der Stellungnahme allerdings abgelehnt, da zusätzliche Mittel für den Finanzausgleich für das Jahr 2013 in Höhe von 25 Mio. € und für das Jahr 2014 in Höhe von 40 Mio. € erforderlich gewesen wären. Mit diesen Mitteln wäre der Verlust der kreisfreien Städte vollständig kompensiert worden. Insofern hätte sich der Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes zum neuen Finanzausgleichsgesetz nicht negativ auf die kreisfreien Städte ausgewirkt.

Darüber hinaus merkte **Herr Leindecker** an, dass er ein Fan der Stadt Halle sei und diese als Perle im Süden des Landes Sachsen-Anhalt ansehe. Er war viele Jahre im Städte- und Gemeindebund Baudezernent als erster Beigeordneter und habe gemeinsam mit der Verwaltungsspitze die Reurbanisierung der Stadt Halle vorangetrieben.

Zudem wurde sich auch für anderweitige Interessen der Bevölkerung der Stadt Halle eingesetzt. Beispielsweise wurde eine Wirtschaftsorganisation des Städte- und Gemeindebundes Teilhaber an der GISA GmbH, nachdem die Stadt Halle gezwungen war, ihre Anteile zu verkaufen. Ein weiteres zentrales Ziel sei die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft in der Stadt Halle gewesen. Weiterhin habe er an der Gründung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes mitgewirkt und konstante Zuschüsse empfohlen.

Insofern könne nicht behauptet werden, dass der Städte- und Gemeindebund die Interessen der Stadt Halle nicht berücksichtigt habe.

Seitens der **Hauptausschussmitglieder** gab es keine Nachfragen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankte sich bei Herrn Leindecker für seine Ausführungen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gab bekannt, dass er dem Antrag nicht zuzustimmen werde und schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley an. Der Antrag sei aufgrund seiner Formulierung und der Fragestellungen mit einer gewissen Intention verbunden, die seine Fraktion für falsch erachte.

Nach Auffassung seiner Fraktion sei mit dem Städte- und Gemeindebund eine bestimmte Lobby erforderlich, um auf die Landesregierung und Koalitionsfraktionen einwirken zu können. Dies wäre in der Vergangenheit nicht gelungen. Insofern sei die Frage 4 nur teilweise korrekt, da ebenso die Landesregierung und Koalitionsfraktionen hier hätten einbezogen werden müssen.

Darüber hinaus wäre entsprechend des Antrages die Gründung eines Eigenverbandes oder länderübergreifenden Verbandes nicht zielführend. Es sei nicht erkennbar, dass länderübergreifend auf die Landesregierung oder Koalitionsfraktionen eingewirkt werden könne.

Demzufolge halte seine Fraktion die Zielrichtung insgesamt für falsch. Man sehe keine Möglichkeit des Austritts oder einer Neugründung. Seines Erachtens müssen sich die kreisfreien Städte im Städte- und Gemeindebund besser und deutlicher aufstellen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er sei erstaunt über die Begründungen zur Ablehnung des Antrages, da ansonsten seitens des Stadtrates Transparenz und Abwägen von Möglichkeiten gefordert werden.

Angesichts der Verteilung im Städte- und Gemeindebund seien die Fragen berechtigt, sich nach Alternativen zu erkundigen und ob die Stadt Halle in einer anderweitigen Struktur möglicherweise besser und effektiver vertreten werde. In dem Zusammenhang erinnerte er an die Ausgliederung bestimmter Aufgabenbereiche der Stadt an Dritte aufgrund der städtischen Haushaltssituation.

Darüber hinaus machte **Herr Krause** deutlich, dass er den Antrag nicht mit einem Austritt aus dem Städte- und Gemeindebund verbinde. Es sollen lediglich die Fragen erörtert und mögliche Alternativen aufgezeigt werden.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, teilte mit, dass er dem Antrag zustimmen werde. Seine Fraktion sehe den Antrag ebenfalls nicht als ein Signal, aus dem Städte- und Gemeindebund auszutreten, sondern als eine inhaltliche Überprüfung der Sachlage.

Des Weiteren seien die Fragen auch im Sinne der Haushaltskonsolidierung sowie für eine mögliche zukünftige verbesserte Zusammenarbeit berechtigt.

Insofern würde das Verhältnis zum Städte- und Gemeindebund mit dem Antrag nicht beschädigt werden. Hierbei ginge es um die zukünftige Organisation der Solidargemeinschaft der Gemeinden und kreisfreien Städte.

Abschließend merkte **Herr Wolter** an, dass er über den Besuch des Landesgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes erfreut sei, ihn aber seit seiner Tätigkeit im Stadtrat heute das erste Mal erlebt habe.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, da dieser für politisch falsch erachtet werde. Allein der Gedanke des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund wäre opportun.

Die Gründung eines überregionalen Verbandes halte er ebenfalls nicht für zielführend, da u. a. die Rechtsgrundlagen und die Ansprechpartner der beteiligten Städte unterschiedlich seien.

Weiterhin wäre der Antrag vor dem Hintergrund der Bildung von demokratischen Gremien aus einem gemeinsamen Interesse heraus fragwürdig. Es sei zwar nachvollziehbar, dass man aufgrund der Höhe des Mitgliedsbeitrages ein besonderes Interesse habe, eine entsprechende Vertretung zu erfahren, dies rechtfertige aber nicht, die Mitgliedschaft grundsätzlich in Frage zu stellen.

**Herr Dr. Meerheim** brachte zum Ausdruck, dass er die Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes ebenfalls als kritisch erachtet habe. Diese aber zum Anlass zu nehmen, die Mitgliedschaft in Frage zu stellen, halte seine Fraktion für politisch unverantwortlich.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, machte deutlich, dass nicht der Städte- und Gemeindebund, sondern der Landtag über die Gesetze entscheide. Der Städte- und Gemeindebund gebe lediglich eine Stellungnahme ab, die der Mehrheit seiner Mitglieder entspreche. Das Problem werde nicht über einen Antrag, den Austritt aus dem Städte- und Gemeindebund zu prüfen, gelöst. Dies schwäche lediglich die Position der Stadt Halle im Städte- und Gemeindebund.

Seines Erachtens könne es jenseits des Städte- und Gemeindebundes keine andere Interessenvertretung der Kommunen in Sachsen-Anhalt aufgrund der Strukturen geben. Demzufolge sollte überlegt werden, wie sich die Stadt Halle innerhalb der Entscheidungsgremien im Städte- und Gemeindebund besser und stärker präsentieren könne.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, stellte nochmals klar, dass der Antrag offen gestaltet sei und Optionen geprüft werden sollen. Beispielsweise könne sich im Ergebnis der Prüfung die Sichtweise einiger auf den Städte- und Gemeindebund positiver darstellen.

Die Stadtverwaltung habe entsprechend ihrer Stellungnahme empfohlen, dem Antrag zuzustimmen. Mehr könne man an politischem Zeichen kaum setzen. Es gab bei einzelnen Personen Unzufriedenheit. Mit dem Antrag soll lediglich Aufklärung erfolgen. Seines Erachtens ändere sich die Position der Stadt Halle beim Städte- und Gemeindebund dadurch nicht.

Bei Zustimmung zum Antrag können mehr Informationen und Transparenz an die Stadträte und die Öffentlichkeit gegeben werden. Dadurch entstünde kein weiterer politischer Schaden. Insofern halte seine Fraktion den Antrag aufrecht.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass er den Standpunkt der Fraktion DIE LINKE., der FDP-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nachvollziehen könne, da es bei dem Antrag nicht um den Prozess einer Herauslösung aus dem Städte- und Gemeindebund ginge. Damit sollen lediglich die Fragen beantwortet und über die Sachlage informiert werden. Anderenfalls bestünde ebenso die Möglichkeit, entsprechende Änderungsanträge einzubringen.

In Anbetracht dessen sei es verwunderlich, dass einige Fraktionen sich damit nicht auseinandersetzen wollen und das Interesse einer Fraktion zur Prüfung nicht unterstützen. Dies wäre von der politischen Kultur her merkwürdig. In anderen Bereich, bei denen geringere finanzielle Mittel aufgewendet werden müssen, werden schließlich auch intensive Diskussionen geführt.

Darüber hinaus wies **Herr Wolter** darauf hin, dass alle Fraktionen Probleme und Verbesserungsbedarf in der Zusammenarbeit im Städte- und Gemeindebund sehen. Demzufolge sei die zukünftige Gestaltung auch im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle zu klären.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Wolter** um Zustimmung zum Antrag.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, widersprach den Ausführungen von Herrn Wolter, sich nicht mit dem Thema auseinandersetzen zu wollen. Seine Fraktion habe sich mit dem Antrag beschäftigt und seinerseits wurde aus verschiedenen Perspektiven begründet, weshalb die Intention des Antrages nicht zielführend sei.

Hierbei werde bewusst nach Mehrheiten gesucht. Infolge der Diskussion wäre es dann aber auch legitim, einen Antrag abzulehnen. Sollte der Antragsteller lediglich Fragen beantwortet haben wollen, bestünde die Möglichkeit, diese über eine schriftliche Anfrage klären zu lassen. Zudem seien seines Erachtens, wie z. B. mit der Frage 10, die falschen Fragen gestellt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt. Hierbei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:*

1. *Wann kann ein Austritt erfolgen (Kündigungsfristen etc.)?*
2. *Besteht neben der Kündigung der Mitgliedschaft die Möglichkeit einer Aussetzung und Einstellung der Mitgliedsbeitragszahlungen?*
3. *Welchen konkreten Nutzen zog die Stadt aus der Mitgliedschaft in den letzten drei Jahren? Bitte im Einzelfall ausführen (z. B. Stellungnahmen in deren Folge sich die Kosten für die Stadt aus der Erfüllung von Landesgesetzen reduziert haben, konkrete Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung der Stadt Halle etc.)*
4. *In welchen substantiellen Fällen hat der SGSA nicht die Interessen der Stadt Halle vertreten?*
5. *Wie beurteilt die Stadt eine fehlende Vertretung der Stadt Halle in einem kommunalen Spitzenverband?*
6. *Welche benachbarten mitteldeutschen Städte wären zur Gründung eines mitteldeutschen Landesverbandes des Deutschen Städtetages bereit?*
7. *Welche Kosten würden der Stadt hieraus entstehen?*
8. *Existiert eine vergleichbare Konstruktion bereits in anderen Bundesländern? Wenn ja, wie effektiv arbeitet diese?*
9. *Welche Rechte und Pflichten hätte eine derartige Institution?*
10. *Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Verwaltung zur Verbesserung der Interessenvertretung des SGSA für die Stadt Halle im Falle eines Verbleibes im Verband?*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

7 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

**zu 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle**  
**Vorlage: V/2012/11002**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und erläuterte die Intention dessen. Bei zukünftigen Vorlagen zur Festlegung des Wahltages von Beigeordneten soll der Text der Stellenausschreibung Bestandteil des Beschlusses sein, um seitens des Stadtrates Änderungen vornehmen zu können.

In der Stellungnahme der Verwaltung werde darauf verwiesen, dass eine solche Regelung die Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) verletzen würde. Seine Fraktion teile diese Einschätzung nicht. In der Hauptsatzung der Stadt Magdeburg sei festgelegt, welchen konkreten Geschäftsbereich die einzelnen Beigeordneten zu verantworten haben.

Insofern wäre es seines Erachtens ebenso möglich, dass der Stadtrat den Text der Stellenausschreibung beschließe.

Darüber hinaus erinnerte **Herr Paulsen** daran, dass diese Thematik bereits diskutiert wurde. Im Ergebnis dessen habe das Rechtsamt geäußert, dass der Stadtrat über den Text der Stellenausschreibung beschließen könne. Demzufolge sei die Stellungnahme der Verwaltung hinfällig.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Bürgermeister Geier um Darstellung des Sachverhaltes, ob die Stadt Magdeburg durch die Festlegung in der Hauptsatzung die GO LSA verletze oder eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle im Sinne des vorliegenden Antrages möglich sei.

**Herr Bürgermeister Geier** erklärte, dass ihm die Satzung der Stadt Magdeburg nicht im Einzelnen bekannt sei und wies darauf hin, dass die Festlegung der Geschäftsbereiche der Beigeordneten gemäß § 63 (1) GO LSA in der Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin liege.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Schreyer um weitere Erläuterungen und merkte an, dass die Hauptsatzung der Stadt Magdeburg von der Kommunalaufsicht bestätigt wurde. Demzufolge wäre davon auszugehen, dass diese rechtmäßig sei.

**Herr Schreyer, Ressortleiter Rechtsamt**, machte deutlich, dass durch die Bestätigung der Kommunalaufsicht nicht zwangsläufig die Hauptsatzung der Stadt Magdeburg rechtskonform sei. Es bestünde die Möglichkeit, dass die Kommunalaufsicht diesen Punkt übersehen habe.

Aus diesem Grund könne man sich nicht an der Hauptsatzung der Stadt Magdeburg orientieren. Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung widerspreche der Antrag der GO LSA. Somit könne eine solche Regelung in der Hauptsatzung der Stadt Halle nicht aufgenommen werden.

Daraufhin schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht dahin gehend einzuholen und den Antrag bis zum Vorliegen dieser auf die Hauptausschusssitzung November 2012 zu vertagen.

Die **Hauptausschussmitglieder** erklärten sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, machte darauf aufmerksam, dass seines Erachtens zwei unterschiedliche Regelungsebenen bestünden. Die Änderung bzw. Festschreibung in der Hauptsatzung wäre ein anderer Vorgang als der Beschluss des Ausschreibungstextes durch den Stadtrat. Es bestünde zwar ein Zusammenhang im Hinblick auf die Geschäftsbereiche, aber die einzelnen Regelungen und rechtswirksamen Formulierungen in einer Ausschreibung seien ein anderer Sachverhalt.

In Anbetracht dessen bat **Herr Lange** um Prüfung, ob eine Änderung der Hauptsatzung dahin gehend möglich wäre, dass eine Beschlussfassung zum Text der Stellenausschreibungen von Beigeordneten durch den Stadtrat erfolge.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zukünftigen Vorlagen zur Festlegung des Wahltages von Beigeordneten der Stadt Halle den Text der Stellenausschreibung als abänderbare Anlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

auf die Hauptausschusssitzung November 2012

## **zu 6.8     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft Vorlage: V/2012/10997**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, den Antrag grundsätzlich anzunehmen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass die Anregung der Verwaltung berücksichtigt wurde und die Erfüllung der gemeinnützigen Aufgabenstellung des Universitätsklinikums Halle auch weiterhin durch eine nichtkommerzielle organisatorische Rechtsform sichergestellt werden soll.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte nach der Zuständigkeit des Stadtrates.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass der Stadtrat nicht zuständig sei, aber ein Appell an die Landesregierung zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft ihres Erachtens legitim sei.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte, wer die Stadt Halle bei dem heutigen Richtfest für die beiden neuen Funktionsgebäude des Universitätsklinikums Halle repräsentiert habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie die Stadt Halle repräsentiert habe. Ebenso war die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft, Frau Prof. Birgitta Wolff, anwesend. Diese werde sich nach eigenen Aussagen dafür einsetzen, dass das Universitätsklinikum Halle in Trägerschaft des Landes bleibe.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, stimmte den Ausführungen der Oberbürgermeisterin zu. Frau Ministerin Prof. Wolff habe sich bei dem heutigen Richtfest zum ersten Mal deutlich positioniert, dass das Universitätsklinikum Halle in Trägerschaft des Landes bleibe, ohne über eine Teilprivatisierung nachzudenken.

Darüber hinaus sprach sich **Herr Lange** für den Antrag aus und begründete dies. Das Hochschulmedizingesetz des Landes Sachsen-Anhalt soll aufgrund einer Vielzahl von Problemen geändert werden. Dazu werde im Dezember dieses Jahres ein Workshop stattfinden, bei dem u. a. über die Finanzierung von notwendigen Investitionen für die Universitätskliniken gesprochen werde. Daher sollte auch der Stadtrat signalisieren, dass die öffentliche Trägerschaft des Universitätsklinikums Halle in dem bisherigen Maße erhalten bleiben soll.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erinnerte an seine Ausführungen in der Stadtratssitzung am 26.09.2012 zu diesem Antrag. Aus den Niederschriften der Sitzungen des Landtages ginge eindeutig hervor, dass sowohl CDU als auch SPD eine Privatisierung des Universitätsklinikums Halle ablehnen.

Aufgrund dessen kritisierte **Herr Bönisch** die Einbringung des Antrages. Dieser wäre lediglich eine politische Profilierung an falscher Stelle und würde die Ängste der beteiligten Personen schüren.

Seine Fraktion werde dem Antrag dennoch zustimmen, da man die Sache als solche unterstütze.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft aus und appelliert an Landesregierung und Landtag, die Erfüllung von dessen gemeinnütziger Aufgabenstellung auch weiterhin durch eine nicht-kommerzielle organisatorische Rechtsform sicherzustellen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**zu 7      schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 8      Mitteilungen**

**zu 8.1    Bürgerumfrage 2012 - Fragebogenentwurf  
Vorlage: V/2012/11031**

---

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass unter Frage 22 die Spalte „eher wichtig“ doppelt dargestellt wäre.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, bedankte sich für den Hinweis und erklärte, dass hierbei ein Schreibfehler aufgetreten sei. Die zweite Spalte müsse geändert werden in: „eher unwichtig“.

Weiterhin machte **Frau Ewert, SPD-Fraktion**, darauf aufmerksam, dass die Formulierung auf der letzten Seite des Fragebogens:

„Wenn Sie weitere Informationen zu den geplanten Bürgerkonferenzen im Herbst 2013 (zum Thema Stadtentwicklung) wünschen, können Sie uns hier Ihre Adresse hinterlassen.“

unglücklich sei, da damit die Anonymität nicht mehr gegeben wäre. Ihres Erachtens sollte in dem Zusammenhang aufgeführt werden, dass man sich z. B. an das Bürgerbüro wenden könne.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, entgegnete, dass der vorliegende Fragebogen noch nicht das abschließende Layout sei. Zunächst sollte den Hauptausschussmitgliedern die Fragen zur Kenntnis gegeben werden, da es seinen Informationen zufolge zum letzten Fragebogen dahin gehend Diskussionen gab.

Hinsichtlich der Ausführungen von Frau Ewert sagte **Herr Beigeordneter Stäglin** zu, diese Formulierung von dem Fragebogen getrennt und separat zu behandeln.

Darüber hinaus machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass möglicherweise ein separater Frageteil zum Thema Breitbandversorgung hinzugefügt werde. Hierzu erfolge derzeit noch eine Prüfung bezüglich der Fragen des Datenschutzes.

Abschließend gab **Herr Beigeordneter Stäglin** eine weitere Änderung bekannt. Zur Frage 45 werde folgender Punkt eingefügt:

„eingetragene Lebenspartnerschaft“

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte bezogen auf die Formulierung auf der letzten Seite zu den geplanten Bürgerkonferenzen im Herbst 2013 hinzu, dass es hilfreich wäre, wenn sich interessierte Bürger hierzu einbringen wollen.

Demzufolge sollte unabhängig von dem Fragebogen ein separates Schreiben erfolgen, dass die Stadt Halle Bürgerkonferenzen durchführe und bei Interesse sich die Bürger melden bzw. ihre Adresse angeben können. Beispielsweise könne man ein Dankeschreiben an die jeweiligen Bürger richten und in dem Zusammenhang auf zukünftige Bürgerkonferenzen hinweisen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, sagte zu, dies mit der Martin-Luther-Universität entsprechend abzustimmen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf die Begründung zur Informationsvorlage und fragte, inwieweit und in welcher Form der Fragenkomplex „frühzeitige Bürgerbeteiligung am Stadtentwicklungskonzept 2025“ in das Stadtentwicklungskonzept einfließe.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Paulsen** auf den in der Begründung der Verwaltung dargestellten separaten Fragebogen zum Thema Internetversorgung. Dieser sei wegen einer möglichst adressscharfen Auswertung aus Datenschutzgründen erforderlich. Er fragte, ob der Fragebogen tatsächlich beigefügt werde und schlug zudem vor, die Thematik Internetversorgung, z. B. unter der Frage 22, grundsätzlich in den Fragebogen aufzunehmen.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, wies darauf hin, dass die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes ein grundsätzliches Thema in den nächsten Jahren sei und die Fragestellungen innerhalb der Verwaltung abgestimmt wurden, um bestimmte inhaltlich Aspekte abzufragen. Dies wäre ein erster Schritt zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung.

Des Weiteren sei trotz der vorhandenen Anonymität des Fragebogens die Möglichkeit gegeben, auf interessierte Bürger zurückgreifen zu können und diese zu bestimmten Themenschwerpunkten einzuladen. Dies greife seines Erachtens keiner Beschlussfassung vorweg.

Zudem erklärte **Herr Beigeordneter Stäglich**, dass er dem Vorschlag von Herrn Paulsen, unter der Frage 22 die Thematik Internetversorgung aufzunehmen, folgen könne und nahm die Anregung auf. Bezugnehmend auf den separaten Fragebogen zum Thema Internetversorgung befinde man sich noch in Abstimmung mit dem Datenschutz. Sollten dahin gehend keine Bedenken bestehen, werde die Thematik in einem separaten Fragebogen aufgenommen. Anderenfalls müsse nach anderen Möglichkeiten gesucht werden.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bemängelte, dass über die Jahre hinweg immer wieder dieselben Fragen gestellt werden, die zum Teil auch nicht interessant für die Bürger seien. Beispielsweise haben die Antwortmöglichkeiten der Frage 14 letztendlich die gleichen Auswirkungen auf den Bürger.

Seines Erachtens sollten tatsächliche Probleme, wie z. B. mangelnde Parkplätze oder das Angebot von Kindertagesstätten der jeweiligen Stadtviertel abgefragt werden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte zu den Ausführungen von Herrn Kley an, dass die Fragestellungen aufgrund der Langzeitbeobachtungen dieselben seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies hinsichtlich der Wortmeldung von Herrn Kley auf die Frage 12, bei der u. a. die mangelnden PKW-Stellplätze berücksichtigt seien. Zudem sagte sie eine Prüfung zu, ob unter der Frage 14 das Problem der PKW-Stellplätze ebenfalls aufgenommen werden könne.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, sagte zu, die Hinweise und Anregungen aufzunehmen und diese mit der Martin-Luther-Universität abzustimmen. Ungeachtet dessen erfolgen die Fragestellungen in Abstimmung zwischen der Verwaltung und der Martin-Luther-Universität, um einerseits über die Jahre hinweg möglichst vergleichbare Daten und andererseits zusätzliche Ergebnisse zu erhalten.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

## **zu 8.2 Sachstand zu den Aktivitäten der Raumkonzeption 2012 und 2013 Vorlage: V/2012/11052**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, wann die abschließende Raumkonzeption vorgelegt werde. Zudem fragte er nach einem Stadtplan, da in der vorliegenden Informationsvorlage lediglich die jeweiligen Straßen aufgelistet wurden und somit die Entfernungen und Wege zwischen den einzelnen Verwaltungsstandorten nicht ersichtlich seien.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, merkte zunächst an, dass das Mobiliar für die Fraktionsräume im Stadthaus am heutigen Tag eingetroffen sei.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Wolter erklärte **Herr Beigeordneter Neumann**, dass es keine abschließende Raumkonzeption geben werde. Seines Erachtens müsse diese stets weiterentwickelt werden und stelle eine Fortschreibung dar, wie sich die Entwicklungen abzeichnen.

Für die Raumkonzeption seien insbesondere die Entwicklungen und Planungen des städtischen Wohnungsunternehmens HWG am Riebeckplatz sowie der Standort „Am Stadion 5“ in Halle-Neustadt von großer Bedeutung. Hierzu müsse sich die Stadt positionieren, ob am Riebeckplatz Einkaufs- oder Verwaltungsstandorte konzentriert werden und inwieweit am Standort „Am Stadion 5“ eine Weiterentwicklung erfolge.

Darüber hinaus stünden bei der Raumkonzeption die Vermeidung von Drittanmietung und Eigennutzung im Vordergrund. Eine Anmietung soll neben den im Eigentum der Stadt Halle befindlichen Gebäude bei den kommunalen Unternehmen erfolgen. Dabei müsse allerdings die Effizienz des Gebäudes bzw. der Räumlichkeiten und die zur Verfügung stehenden Mittel berücksichtigt werden.

In der vorliegenden Informationsvorlage seien die vorhandenen Verwaltungsstandorte beschrieben. Bezüglich einer Neuordnung von Verwaltungsstandorten müsse gemeinsam mit den kommunalen Wohnungsunternehmen GWG und HWG beraten werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, die Informationsvorlage als Sachstand zur Kenntnis zu nehmen.

Des Weiteren machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass mit den städtischen Wohnungsunternehmen einige Vorhaben über den Zukunftsfond und Shared-Services realisiert wurden und somit bereits eine Optimierung von Verwaltungsstandorten erfolgt sei. Zudem befinde man sich mit der HWG in enger Abstimmung zu den Planungen am Riebeckplatz.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

#### **weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erinnerte an einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2011 zur interkommunalen Kooperation mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz auf dem Gebiet der Abfallentsorgung. Sie teilte mit, dass der Beschluss EU-Rechtsgrundlagen widerspreche und seitens des Landesverwaltungsamt vergaberechtliche Bedenken bestanden, so dass der Beschluss nicht umgesetzt werden könne und in der kommenden Stadtratssitzung am 24.10.2012 aufgehoben werde.

Insofern müsse das Modell der Kooperation geändert werden, um die vergaberechtlichen Probleme zu umgehen. Dazu finden derzeit Abstimmungsgespräche beim Landesverwaltungsamt mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz und der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle statt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** kündigte an, voraussichtlich im November 2012 eine entsprechende Vorlage in den Stadtrat einzubringen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, schlug vor, zunächst einen neuen Vorschlag zu erarbeiten und diesen dann durch den ursprünglichen Beschluss zu ersetzen, anstatt den Beschluss aufzuheben und erst danach über neue Möglichkeiten nachzudenken.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** merkte an, dass der Landkreis Mansfeld-Südharz ebenso wie die Stadt Halle verfare. Demzufolge gehe sie davon aus, dass diese Verfahrensweise rechtlich erforderlich sei.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über ein Telefonat mit der Geschäftsführerin der Bäder Halle GmbH, Frau Waldenburger, am heutigen Tag. Ein Gutachten habe ergeben, dass die Deckenlast im Stadtbad nur noch zu geringen Prozentteilen getragen werde. Da Gefahr im Verzuge bestünde, müsse die Frauenhalle des Stadtbades unverzüglich geschlossen werden. Die Männerhalle bleibe hingegen weiterhin geöffnet.

---

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, teilte zum TOP 5.10

Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2012/10934

mit, dass das Landesverwaltungsamt hierzu an verschiedenen Stellen Nachbesserungsbedarf in den Stellungnahmen sehe. Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 10.10.2012 habe er am 16.10.2012 kurz vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erhalten. Daher war eine Behandlung der Vorlage in der gestrigen Sitzung nicht möglich.

Im Zuge der Nachbesserungen müssen die Fragen der Effizienz und des wirtschaftlichen Vorteils sowie die Frage der Einhaltung von Fristen zur Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts geklärt werden. Seines Erachtens wäre es nicht mehr möglich, bis zum Ende des Jahres die Anstalt öffentlichen Rechts zu gründen, da die Voraussetzungen nicht erfüllt seien.

---

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, teilte mit, dass die Verwaltung seitens der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM hinsichtlich des Sachstandes zu den Baumaßnahmen am Steintor eingeladen wurde.

**Herr Beigeordneter Stäglich** fragte, ob in den Fraktionen Informationsbedarf bestünde und analog der Beratungen zum 4. Bauabschnitt der Haupterschließungsstraße (HES) eine gemeinsame Beratung zweckmäßig sei, um den aktuellen Sachstand darzustellen.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, schlug eine gemeinsame Beratung der zuständigen Fachausschüsse dazu vor.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, entgegnete, dass die Vorlage noch nicht fertiggestellt sei und demzufolge eine gemeinsame Beratung der zuständigen Fachausschüsse derzeit nicht in Frage komme.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, signalisierte Interesse an einer Informationsveranstaltung zum aktuellen Sachstand zu den Baumaßnahmen am Steintor.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass er die Frage nicht als relevant für die Sitzung ansehe, sondern dies gern direkt mit Herrn Beigeordneten Stäglin besprechen wolle. Die Mitglieder seiner Fraktion seien an dem aktuellen Arbeitsstand interessiert, so dass seines Erachtens eine Informationsveranstaltung mit jeweils einem Vertreter aus den Fraktionen nicht zweckmäßig sei.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, sprach sich für den Vorschlag von Herrn Beigeordneten Stäglin aus, für alle Interessierten eine Informationsveranstaltung analog der Beratungen zum 4. Bauabschnitt der HES durchzuführen. Diese hatte eine äußerst konstruktive Atmosphäre.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, zu einer solchen Informationsveranstaltung einzuladen. Davon unbenommen bleibe aber die Bitte einzelner Fraktionen zur Darstellung des Sachstandes durch die Verwaltung.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, bezog sich auf folgende Formulierung im § 21 (1) der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse:

„... In den beratenden Ausschüssen soll vor jeder Beschlussfassung den sachkundigen Einwohnern die Möglichkeit eingeräumt werden, eine abschließende Stimmempfehlung zu äußern.“

und fragte nach der Verfahrensweise. In den Ausschüssen gebe es unterschiedliche Auffassungen dazu.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Wolter, Frau Dr. Bergner, Herr Bönisch, Herr Bartl, Herr Dr. Meerheim** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Im Ergebnis der Diskussion sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine schriftliche Stellungnahme zum Verfahren der abschließenden Stimmempfehlung der sachkundigen Einwohner entsprechend des § 21 (1) der Geschäftsordnung durch das Rechtsamt zu.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Stand der Fachkonzepte. Seitens der Verwaltung wurde zugesagt, dass diese dem Lenkungsausschuss vorgelegt werden.

**Herr Bürgermeister Geier** erinnerte an die Diskussionen in der damaligen Sitzung des Lenkungsausschusses. In dieser wurden der Ablauf und die Überarbeitung der Fachkonzepte dargestellt. Das Verfahren sei aber von der Bestellung des Sparberaters abhängig. Daraufhin hatte er geäußert, dass möglicherweise eine Parallelstruktur entstehe und zunächst die Bestellung des Sparberaters abgewartet werden sollte. Unabhängig davon befinde man sich in der Überarbeitung der Fachkonzepte.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte eine Klärung zu, inwieweit die Fachkonzepte unter Einbeziehung des Sparberaters oder unabhängig von diesem dem Stadtrat vorgelegt werden könne.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies auf den Stadtratsbeschluss. Die Verwaltung habe demnach unabhängig von dem Sparberater nach Fertigstellung der Fachkonzepte diese dem Lenkungsausschuss vorzulegen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung des Stadtratsbeschlusses zu. Anschließend werde man die Vorlage einbringen oder begründen, weshalb die Fachkonzepte noch nicht vorgelegt werden können.

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf den Beschluss der Stadtratssitzung am 26.09.2012 zur

Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit  
Vorlage: V/2012/10935

Nach Aussage des zukünftigen Oberbürgermeisters werden die Bereiche Sicherheit und Gesundheit auch weiterhin in seiner Verantwortung bleiben. Somit erfolge eine Ausschreibung zu einem Dezernatsbereich, der in der Form zukünftig nicht mehr existiere. Demzufolge müsste die bereits veröffentlichte Ausschreibung aufgehoben werden und eine neue Ausschreibung erfolgen.

**Herr Dr. Meerheim** machte deutlich, dass er seitens der Verwaltung eine Vorlage zur Aufhebung des o. g. Beschlusses erwartet habe. Dies wäre nicht erfolgt. Aufgrund dessen fragte er nach der weiteren Verfahrensweise.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass ihr dahin gehend keine anderweitigen Informationen vorlagen und sie demzufolge aufgrund der Zustimmung zur o. g. Vorlage den Stadtratsbeschluss entsprechend umgesetzt und die Ausschreibung veröffentlicht habe.

In Anbetracht der Presseberichte hinsichtlich der vorgesehenen zukünftigen Dezernatsstruktur habe sie nun die Ausschreibung gestoppt. Diese sei lediglich im Amtsblatt veröffentlicht.

Im Ergebnis der anschließenden Diskussion bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um ein Signal, sollte seitens des Stadtrates eine anderweitige Ausschreibung gewünscht sein.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass im Zuge eines Rechtsstreites Straßenausbaubeiträge an die betroffenen Anwohner durch die Stadt zurückzuzahlen seien. Nach Aussage der betroffenen Anwohner wäre die Auszahlung bisher nicht erfolgt. Diese warten nun über ein dreiviertel Jahr darauf.

Infolge dessen fragte **Herr Wolter** nach den Gründen, weshalb bisher keine Rückzahlung erfolgte.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, merkte an, dass seinen Informationen zufolge der Sachverhalt in dieser Woche geklärt werden soll.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung und Information im nicht öffentlichen Teil der kommenden Stadtratssitzung am 24.10.2012 zu. Möglicherweise könne Herr Beigeordneter Stäglin bereits im nicht öffentlichen Teil dieser Hauptausschusssitzung informieren.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## **zu 10     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 35. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Anja Schneider  
Protokollführerin